

„Der Rest ist Österreich“ St. Germain und die Folgen.

„Ihr führt Krieg? Ihr fürchtet euch vor einem Nachbarn? So nehmt doch die Grenzsteine weg – so habt ihr keinen Nachbarn mehr. Aber ihr wollt den Krieg und deshalb erst setzt ihr die Grenzsteine.“

Friedrich Nietzsche

Am 10. September 1919 unterschrieben Österreich und die Siegermächte, allen voran die USA, Frankreich, Großbritannien und Italien, den Staatsvertrag von St. Germain. Wie die Verträge von Versailles mit dem Deutschen Reich, Trianon mit Ungarn, Neuilly-sur-Seine mit Bulgarien und Sévres mit dem Osmanischen Reich beendete er den Ersten Weltkrieg - aber schufen die Sieger dadurch auch Frieden? US-Präsident Wilsons hatte im Jänner 1918 „14 Punkte“ veröffentlicht, die er als Basis für eine gerechte Neuordnung Europas verstand. In all der Hoffnungslosigkeit nach dem Zusammenbruch 1918 klammerte man sich in Österreich fast schon rührend naiv an die Erfüllung dieser Punkte und des Prinzips des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“. Aber das uralte Prinzip „vae victis“ – „Wehe den Besiegten“ - sollte die Oberhand behalten.

Der Vertrag von St. Germain liquidierte Österreich-Ungarn und zwang die Republik Österreich zur Selbstständigkeit – damals gegen den Willen der Mehrheit seiner Staatsbürger, die sich viel lieber an das Deutsche Reich angeschlossen hätten. Und er gab dem neuen Staat Grenzen, deren Verlauf oft genug von Zufällen und Launen abhängig gewesen war. Es hätte auch ganz anders kommen können.

„Deutschösterreich“ – wie der Staat bis September 1919 geheißen hat - beanspruchte für sich alle Siedlungsgebiete der Deutschsprachigen in der österreichischen Reichshälfte der Donaumonarchie. Dazu gehörten nicht nur Südtirol bis zur Salurner Klausen, das Kanaltal bis Pontafel (Pontebba), die Kärntner Gemeinde Weißenfels (Fusine) sowie die Untersteiermark mit Marburg und Pettau, sondern auch ein Landbogen von Südmähren über Südböhmen und Deutschböhmen bis zum Sudetenland und einem kleinen Rest Schlesiens. Die deutschen Sprachinseln Iglau, Brünn und Olmütz reklamierte man als „Einschlussgebiete“. Während all diese Gebiete für Österreich verloren gehen sollten, erhielt es Teile Deutschwestungarns, das heutige Burgenland, auf die man Ende 1918 noch gar keinen Anspruch erhoben hatte. Auf allzu unrealistische Forderungen nach dem südsteirischen Cilli, nach der noch weiter südlichen Sprachinsel der Gottschee sowie dem südlich der Karawanken liegenden Seeland und Mießtal verzichtete die provisorische Nationalversammlung von Vornherein. Dieses auf den ersten Blick kurios anmutende Staatsgebilde hätte nach dem Wunsch der Sozialdemokraten, der Deutschnationalen Parteien und wohl auch einer Mehrheit des Volkes möglichst rasch an das Deutsche Reich angeschlossen werden sollen – womit sich für die böhmischen, mährischen und schlesischen Länder die Anfügung an ein kompaktes Staatsgebiet ergäben hätte. In beiden Fragen, sowohl das Staatsgebiet betreffend als auch den Anschluss an das Deutsche Reich, haben die Österreicher aber „die Rechnung ohne den Wirt“ gemacht – der Staat sollte doch erheblich anders aussehen, als man es sich Ende 1918 ausgemalt hatte.

Von Herbst 1918 bis Herbst 1924 dauerte es, bis die Grenzen des neuen Staates Österreich fixiert und auch in der Natur ausgesteckt waren. Als einzige Grenze des Landes war die zum Deutschen Reich von Anfang an unumstritten – sieht man vom Wunsch ab, ganz Österreich an den Nachbarn anschließen zu wollen. Die letzte Grenze wurde 1924 zwischen Österreich und Ungarn im Pinkatal vermarktet. Die Gestalt dieses Staates war eher ein Zufall, abhängig von machtpolitischen Einschätzungen, aber manchmal auch bloßen Befindlichkeiten der Mitglieder des „Obersten Rates“ der Friedenskonferenz und zahlreicher größerer und kleinerer Potentaten und Präsidenten, Lobbyisten, Experten und Kommissionsmitglieder.

Fassen wir die Möglichkeiten, die auf der Friedenskonferenz diskutiert wurden, kurz zusammen:

Noch nach 1919 gab es Stimmen im Ausland, die eine völlige Aufteilung Österreichs unter seine Nachbarn – mit Ausnahme Deutschlands – vorsahen, wenn Österreich seine wirtschaftlichen Probleme nicht in den Griff bekommen sollte. Diesen Plänen kam der Vorschlag des tschechischen Journalisten Kuffner nahe, der die Südgrenze der Tschechoslowakei an der Donau, die Nordgrenze Jugoslawiens an der Enns vorsah. Tirol und Vorarlberg wären an die Schweiz abzutreten gewesen und der Rest sollte eine Art „Reservat“ unter tschechisch-jugoslawischer Oberhoheit sein.

Vorarlberg suchte schon im Mai 1919 den Anschluss an die Schweiz, der nur wegen der Ablehnung der Eidgenossen nicht zustande kam: sie fürchteten um ihr nationales und religiöses Gleichgewicht und italienische Kompensationsforderungen nach dem Tessin. Auch die Idee eines Anschlusses Vorarlbergs an Deutschland oder die Bildung eines südwestdeutschen Staates gemeinsam mit Baden-Württemberg wurde ventiliert.

Entgegen Punkt 9 „*Berichtigung der Grenzen Italiens nach den genau erkennbaren Abgrenzungen der Nationen.*“ Forderte Italien vehement die Brennergrenze ein – sie war, wie auch die gesamte österreichisch-ungarische Adriaküste, der von Frankreich und Großbritannien im Londoner Vertrag 1915 garantierte Preis für den Kriegseintritt gewesen. Von den USA kam ein Kompromissvorschlag: Die Grenze wäre nördlich von Meran über die Sarntaler Alpen und Brixen, dann südlich des Pustertales zu ziehen – das obere Eisacktal vom Brenner bis Brixen und das Pustertal hätten demnach bei Österreich zu verbleiben, der Vinschgau, Meran, das Etschtal, Bozen, das Unterland und die ladinischen Täler in den Dolomiten wären Italien zuzuschlagen. Aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen „rundete“ Italien seine Forderungen aber noch mit dem Pustertal von Toblach bis Winnebach, den Gemeinden Sexten und Moos sowie dem Kanaltal zwischen Tarvis und Thörl-Maglern ab. Alle diese Orte liegen jenseits der Wasserscheide zwischen Mittelmeer und Donau, die Italien als „natürliche Grenze“ forderte. Da Italien zugunsten Jugoslawiens auf Dalmatien verzichten hatte müssen, setzte es seine Forderungen gegen Österreich ohne jeden Absicht durch. Die Pläne in Tirol selbst waren geprägt vom Kampf um die Landeseinheit. Da gab es die Idee, Tirol als Freistaat zu etablieren, mit Bayern gemeinsam einen süddeutschen Staat zu gründen oder ganz Tirol als autonome Grafschaft dem König von Italien als neuem „Grafen von Tirol“ oder als „Kirchenstaat“ dem Papst zu unterstellen. Als man zur Kenntnis nehmen musste, dass Südtirol verloren war, schwenkte man auch in Tirol ganz auf Anschluss an Deutschland um – so wie in Salzburg 1921 durch eine Volksabstimmung eindrucksvoll manifestiert. Deutschland selbst stand einem Anschluss Österreichs reserviert gegenüber, musste es doch in diesem Fall mit weiteren Forderungen Frankreichs etwa nach der Rheingrenze und auch Polens rechnen.

Im Süden gerieten Italien und Jugoslawien bald in Streit um die Beute: Italien war als Preis für den Kriegseintritt die Adriaküste bis an die albanische Grenze zugesichert worden und es hatte nur die Halbinsel Istrien und Fiume/ Rijeka erhalten – Gebiete, die Jugoslawien (wie auch Triest, Görz und das halbe Kanaltal) vehement für sich reklamierte. Um seinen neuen Nachbarn zu schwächen unterstützte Italien die österreichische Forderung nach einer Volksabstimmung in Kärnten, nicht ohne die Kontrolle über den Bahnknoten Villach zu fordern, falls Jugoslawien das Klagenfurter Becken doch bekommen sollte. Das unerfüllte Großmachtstreben Jugoslawiens ging aber noch viel weiter: Kärnten zumindest von Villach bis über Klagenfurt hinaus, besser jedoch ganz Kärnten und auch die Steiermark bis nördlich Graz. Ein Landstreifen von Radkersburg bis Pressburg, in der Breite von Wiener Neustadt bis zum halben Plattensee sollte die Tschechoslowakei und Jugoslawien, mehr noch: Nord- und Südslawen, verbinden, einander Zugangswege zu Ostsee und zum Mittelmeer sichern, Österreich und Ungarn trennen. Obwohl Griechenland Verbündeter gewesen war, beanspruchte Jugoslawien auch noch die Halbinsel Chalkidike und Saloniki. All das war auf Landkarten schon als „Jugoslawisches Reich“ eingezeichnet. Nachdem die Siegermächte diesem Großmachtstreben einen Riegel vorgeschrieben hatten, sprachen sie Jugoslawien das fast rein deutschsprachige Marburg quasi als „Trostpreis“ zu, verschlossen sich aber weiteren Gebietsansprüchen nördlich der Mur.

Das Argument, Ostösterreich, jedenfalls aber Wien, könne ohne ausreichendes landwirtschaftliches Hinterland nicht überleben, wurde bezüglich Deutsch-Westungarn zumindest teilweise akzeptiert, bezüglich Südmähren nicht. Ungarn war ja auch Verliererstaat, die Tschechoslowakei durfte hingegen am Tisch der Sieger Platz nehmen. Ein beträchtlicher Teil Deutsch-Westungarns verblieb allerdings bei Ungarn: die Tschechoslowakei wollte verhindern, dass beide von Pressburg nach Süden führenden Bahnlinien über österreichisches Gebiet verlaufen sollten. Auch die adeligen Großgrundbesitzer beeinflussten die Grenzziehung in ihrem Interesse – und dem entsprach die national-konservative Horthy-Regierung in Budapest viel eher als die sozialistisch geführte in Wien. Schließlich musste sich Österreich noch dem wirtschaftlichen Druck des nun an einer Allianz mit Ungarn gegen Jugoslawien interessierten Italien beugen und in eine – massiv zugunsten Ungarns manipulierte – Volksabstimmung über Ödenburg einwilligen. So kam es, dass keine der für das Burgenland namengebenden Städte – Pressburg, Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg – zum Burgenland kamen.

Der tschechischen und slowakischen Emigration unter Masaryk, Beneš und Štefanik war es gelungen, dass die erst zu gründende Tschechoslowakei als Verbündete der Alliierten anerkannt worden und damit auch „Siegerstaat“ war. Was sollte aber mit den über drei Millionen Deutschen geschehen, die schon seit Jahrhunderten in Böhmen und Mähren lebten? Noch während des Krieges war der Emigrationsführer Thomas G. Masaryk bereit, auf das weitgehend agrarische Südmähren und Südböhmen zu verzichten. Als der Sieg sicher war, beriefen sich die tschechoslowakischen Politiker bezüglich Böhmens und Mährens auf die „historischen Grenzen“, bezüglich der Slowakei auf das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“. Die Slowakei gehörte seit über 1.000 Jahren zu Ungarn – da war mit den „historischen Grenzen“ nichts zu gewinnen. Im Nordosten und Nordwesten Niederösterreichs lagen die für die Tschechoslowakei strategisch und wirtschaftlich wichtigen Bahnknoten Feldsberg und Gmünd – dafür wich man kurzerhand von der Theorie der „historischen Grenzen“ ab und forderte auch dieses seit jeher niederösterreichische Gebiet. Da die Friedenskonferenz der Tschechoslowakei neben Feldsberg aber nur den Bahnhof von Gmünd, nicht die ganze Stadt, zusprach, erfüllte man die weitere tschechische Forderung nach einem Brückenkopf südlich der Donau bei Pressburg Engerau (später Petržalka) wurde vom Österreich zugeschlagenen Deutsch-Westungarn abgetrennt und der Tschechoslowakei übergeben. Mit der Forderung nach der Stadt Hardegg als „Brückenkopf“ für ein ohne Einbeziehung Österreichs zu erbauendes Thyakraftwerk sowie der Grenzführung entlang der Thaya nicht wie allgemein üblich in der Flussmitte, sondern am südlichen Ufer, drangen die Tschechen nicht mehr durch. Alle Forderungen Österreichs, auf die deutschsprachigen Gebiete Böhmens und Mährens das als Grundlage für einen gerechten Frieden von den USA postulierte „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ anzuwenden, waren von vornherein vergeblich. Zu übermächtig war die Stellung der Tschechoslowakei auf der Seite der Sieger. Wenn Wien schon nicht zur Gänze an die Tschechoslowakei fallen sollte, wie die tschechische Minderheit in Wien unter Führung von Dr. František Jetel forderte, so wären doch die Kunstschatze, Archive und Bibliotheken Wiens aufzuteilen. Hier ergriff Italien die Initiative und sandte noch 1918 Kommissionen nach Wien und Innsbruck, um die Sammlungen auf Erwünschtes zu durchstöbern. Doch auch diese Gefahr konnte mit Hilfe kulturell verantwortungsvoller Menschen in den Reihen der Siegermächte zum allergrößten Teil abgewendet werden.

Nach dem unermesslichen Blutzoll des Ersten Weltkrieges waren die Politiker der Siegerstaaten zuerst von der Idee der totalen Unterwerfung der Verlierer besessen. Österreich-Ungarn wurde zerstört, das Deutsche Reich wirtschaftlich schwer geschädigt. Doch sieht man von der allzu realitätsfremden Hoffnung ab, Südtirol, Südmähren, Südböhmen und die Sudetenländer erhalten zu können, hatte Österreich auch Erfolge zu verzeichnen: die Volksabstimmung in Kärnten wurde trotz heftiger Gegenwehr Jugoslawiens durchgeführt und das Burgenland trotz jahrelanger Verzögerungstaktik von Ungarn doch übergeben. Übermäßige Forderungen gieriger Nachbarn wurden gestoppt, Österreich wider seinen Willen zu einer Selbständigkeit gezwungen, die nach all den Erfahrungen im 20. Jahrhundert heute als besonders hoher Wert angesehen wird. Schließlich konnte auch der seit tausend Jahren gebräuchliche Name „Österreich“ behalten werden, wenn auch nicht in der gewünschten Form „Deutschösterreich“. Um jeden Anschein von Kontinuität zu Österreich-Ungarn zu vermeiden, erwoh man - nicht zuletzt auch Karl Renner - Namen wie „Ostalpenbund“, „Bergländerbund“ oder „Südostdeutschland“. Trotz des Postulates des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ wurde dieses Recht 10 Millionen Menschen entzogen. Marschall Foch, der französische Oberkommandierende der alliierten Truppen an der Westfront, meinte angesichts des Vertrages von Versailles mit dem Deutschen Reich, das sei kein Friedensvertrag, sondern bloß ein zwanzigjähriger Waffenstillstand. Er sollte auf das Jahr genau Recht behalten. Aus der Sicht der Zeit wurden die Verträge als größtes Unrecht empfunden. Sie lösten keines der Probleme, die Österreich-Ungarn haben scheitern und die Welt in ihre bis dahin größte Katastrophe haben taumeln lassen. Statt des einen Vielvölkerstaates gab es nun vier - die Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien und Italien. Doch all das Unrecht, das dem alten Österreich-Ungarn vorgeworfen worden war, begangen sie nun aus dem Hochmut und mit dem Freibrief des Sieges ausgestattet um ein Vielfaches übersteigert.

Diese Neugestaltung Mitteleuropas – gepaart mit der allgemeinen Verrohung der Gesellschaft als Folge des Krieges und den katastrophalen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise 1929 – führte geradewegs zum Aufstieg des Nationalsozialismus und in den Zweiten Weltkrieg. So halfen die „Pariser Vorortverträge“ von 1919 mit, den Nährboden für radikale, terroristische und verbrecherische Organisationen zu bilden, an deren Spitze Adolf Hitler die Macht im Deutschen Reich übernehmen sollte. Die Jahre 1914 – 1945 kann man auch als „Zweiten Dreißigjährigen Krieg“ bezeichnen, dessen „Friedensperiode“ 1918 - 1939 alles andere denn

friedlich war. Nicht umsonst heißen diese zwanzig Jahre heute noch „Zwischenkriegszeit“, so als ob ihr einziger Sinn gewesen wäre, die beiden Weltkriege zu verbinden. Der von Grillparzer für das 19. und 20. Jahrhundert beschriebene Weg „Von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität“ fand im Zweiten Weltkrieg seinen wahrhaft bestialischen Höhepunkt.

Als 1945 Europa wieder einmal in Scherben lag, nützten manche jener Staaten, die Ziel der Aggressionspolitik des Deutschen Reiches geworden waren, die „Gunst der Stunde“, um sich von jenen ethnischen Minderheiten zu befreien, deren Gebiete sie 1919 so vehement gefordert hatten. Es dauerte nochmals 50 Jahre, bis auch in Mittel- und Osteuropa wieder jene Freizügigkeit herrschte, die vor 1914 schon selbstverständlich war. Im Sommer 1989 – 70 Jahre nach dem europäischen Schicksalsjahr 1919 - fiel der „Eiserne Vorhang“, zuerst in Ungarn, dann in Berlin und schließlich auch in der Tschechoslowakei. Doch der Preis dafür bestand in neuerlichen Nationalitätenkonflikten. Diesmal betrafen sie die 1918 aus Teilen Österreich-Ungarns künstlich geschaffenen Staaten, die Tschechoslowakei und Jugoslawien. Während es Tschechen und Slowaken gelang, sich in Frieden zu trennen, stürzte Jugoslawien in einen blutigen Bürgerkrieg. Und doch hat Europa aus diesen Jahrzehnten gelernt – und mit der Europäischen Union die erfolgreichste Friedensorganisation seit dem Römischen Reich geschaffen. Wir erleben die längste Friedensperiode seit mehr als 1500 Jahren.

© 2008 by Erik Eybl; Alle Rechte vorbehalten.

erik.eybl@aon.at; Homepage: www.plakatmuseum.at